

=====

BIW - Aktuell

Ausgabe 12 / 2004

Ein Service der BÜRGER IN WUT <http://www.buerger-in-wut.de>

=====

Abschaffung der Wehrpflicht?

In der SPD ist ein heftiger Streit über die Zukunft der Wehrpflicht entbrannt. Auch wenn die Partei ihre Haltung in dieser Frage erst Ende 2005 festlegen will, sind die politischen Fronten bei den Genossen bereits heute verhärtet. Während sich vor allem Bundesverteidigungsminister Struck für einen Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht stark macht, sprechen sich Familienministerin Schmidt und der Juso-Vorsitzende Böhning für eine Abschaffung von Militär- und Zivildienst in Deutschland aus. Ein ganz anderes Modell befürwortet der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Reinhold Robbe (ebenfalls SPD), der anstelle der klassischen Wehrpflicht eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen in Deutschland will.

Die aktuelle Debatte kommt nicht von Ungefähr. Bereits seit Jahren verweisen Kritiker der Wehrpflicht auf das Problem der vermeintlichen „Wehr-Ungerechtigkeit“, das auch von den Medien wiederholt aufgegriffen worden ist. Weil die Truppenstärke der Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Krieges von zuvor knapp 500.000 auf jetzt nur noch rund 250.000 Mann abgeschmolzen wurde, werden immer weniger junge Männer eines Geburtsjahrganges für den Dienst in den Streitkräften benötigt. In der Praxis heißt das: Trotz verkürzter Wehrdienstzeit und dem demographisch bedingten Rückgang der Zahl junger Männer werden derzeit – je nach Berechnung – nur 50-70% eines Jahrgangs tatsächlich auch zum Wehr- oder Zivildienst herangezogen. Der Rest wird ausgemustert oder bleibt mangels Bedarf der Truppe völlig unbehelligt. Vor diesem Hintergrund ziehen immer mehr Jugendliche gegen ihren Einberufungsbescheid vor die Verwaltungsgerichte – und bekommen in Einzelfällen auch Recht.

Für die Gegner der Wehrpflicht ist die Sache deshalb klar: Der „Zwangsdienst“, wie sie es nennen, muß weg! Dafür sprächen nicht nur die „Wehrungerechtigkeit“, sondern auch die veränderten Anforderungen, mit denen sich die Bundeswehr zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sieht. Weltweite Auslandseinsätze seien mit Wehrpflichtigen eben nicht zu machen, dazu bedarf es hochqualifizierter Profis, die mit dem modernen militärischen Gerät umgehen können – und damit einer Berufsarmee.

Doch genau diese Argumentation ist falsch. Denn anders als eine Wehrpflichtarmee, die jederzeit Zugriff auf junge Männer aller Bildungsgrade und Qualifikationen nehmen kann, muß eine Berufsarmee ihr Personal am Arbeitsmarkt rekrutieren, und zwar im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft und anderen öffentlichen Arbeitgebern. Will die Bundeswehr hier nicht den Kürzeren ziehen, dann muß sie Berufssoldaten vor allem der unteren Dienststränge

deutlich mehr Sold bezahlen als den Wehrpflichtigen heute. Und das käme die Hardthöhe überaus teuer. Das Bundesverteidigungsministerium beziffert die Mehrkosten, die eine Abschaffung der Wehrpflicht zugunsten einer Berufsarmee für die Bundeswehr mit sich brächten, auf knapp 7 Mrd. € im Jahr. Und diese Zahl ist längerfristig betrachtet eher noch zu niedrig angesetzt. Denn wegen der ungünstigen demographischen Entwicklung werden spätestens ab 2015 gutqualifizierte Nachwuchskräfte in Deutschland knapp – und damit noch kostspieliger.

Bei einer Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee würden aber nicht nur die Personal-, sondern auch die Rekrutierungskosten deutlich steigen. Was in der Diskussion immer wieder vergessen wird: 2/3 der länger dienenden Zeit- und Berufssoldaten kommen heute aus dem Kreis der Wehrpflichtigen. Fällt die Wehrpflicht weg, dann muß die Bundeswehr sehr viel mehr Geld in die Nachwuchswerbung investieren als heute. Und noch ein weiterer Punkt ist wichtig: Wehrpflichtige, die sich während ihrer Dienstzeit temporär oder auf Dauer verpflichten, wissen, was ihnen der Arbeitgeber Bundeswehr abverlangt. Bei Freiwilligen, die mit Hochglanzbroschüren und schönfärberischen Fernsehspots am freien Arbeitsmarkt geworben werden, ist das nicht der Fall. Viele werden deshalb mit völlig falschen Vorstellungen zur Truppe kommen – und ihren Dienst entweder schnell wieder quittieren oder mit nur geringer Motivation „abreißen“.

Angesichts der desolaten Haushaltslage des Staates ist absehbar, daß die Bundeswehr als eine Berufsarmee im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht wirklich punkten können. Die Bundeswehr wäre deshalb auch keine Profitruppe, sondern vielmehr ein Sammelbecken für Jugendliche aus sozialen Randgruppen mit geringem Bildungsgrad, die ihren Dienst bei den Streitkräften als Alternative zur Erwerbslosigkeit sehen. Genau das sind auch die Erfahrungen, wie sie beispielsweise die US-Armee vor dem Hintergrund eines bereits seit Jahren leergefegten Arbeitsmarktes machen muß.

Will man dieser Entwicklung zumindest entgegenwirken, dann ist wegen der geringen finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand eine weitere Konsequenz unvermeidlich: Steigen die Kosten für das Personal, dann muß bei gleichbleibenden Aufwendungen für Ausrüstung und Material zwangsläufig die Truppenstärke weiter reduziert werden. Am Ende droht ein kleines Berufsheer von vielleicht 100.000 Mann, das allenfalls für begrenzte Auslandseinsätze taugt, den grundgesetzlichen Auftrag der Bundeswehr zur Landesverteidigung aber nicht mehr erfüllen kann. Und das, obwohl niemand weiß, wie sich die sicherheitspolitische Lage in Europa in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird. Denn die Überwindung des Ost-West-Konfliktes, der gerade einmal 15 Jahre zurückliegt, muß eben nicht bedeuten, daß die Grenzen Deutschlands für alle Zeiten sicher sind.

Die Abschaffung der Wehrpflicht würde aber nicht nur massive Nachteile für die Bundeswehr selbst mit sich bringen, sondern auch den Wegfall von knapp 80.000 Zivildienstleistenden im Sozial- und Wohlfahrtsbereich bedeuten, die dann ebenfalls durch festangestelltes Personal ersetzt werden müßten. Bereits heute herrscht in einigen Regionen Deutschlands ein krasser Mangel an Pflege- und Betreuungskräften, der sich ohne Zivildienst weiter verschärfen

würde. Hält man sich darüber hinaus die Tatsache vor Augen, daß die Zahl älterer Menschen in Deutschland deutlich zunehmen und damit auch der Betreuungsbedarf steigen wird, mutet der Vorschlag einer ersatzlosen Streichung des Zivildienstes als Folge einer Abschaffung der Wehrpflicht geradezu grotesk an.

Die BIW meinen: Die Antwort auf das Problem der Wehrungerechtigkeit kann nicht die Abschaffung von Wehr- und Zivildienst sein. Notwendig ist vielmehr die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für alle Männer und Frauen ab dem 18. Lebensjahr. Die allgemeine Dienstpflicht sollte mindestens 12 Monate dauern, damit die Einberufenen für ihre Aufgaben auch ausreichend qualifiziert werden können. Für junge Männer hat dabei die Ableistung des Wehrdienstes Priorität, d.h. die Bundeswehr kann aus jedem Jahrgang die Nachwuchskräfte heranziehen, die sie für die Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben benötigt (sog. Auswahl-Wehrdienst). Männer, für die es in der Bundeswehr keine Verwendung gibt oder die den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern, haben ebenso wie die Frauen einen zivilen Pflichtdienst abzuleisten. Dabei kann es sich um Aufgaben im sozialen Bereich wie die Pflege kranker oder alter Menschen, in der Wohlfahrt, im Umweltschutz oder der Entwicklungshilfe handeln. Die Bandbreite möglicher Einsatzfelder sollte möglichst groß sein, um die Verwendungswünsche der Betroffenen berücksichtigen zu können und damit die Attraktivität der Allgemeinen Dienstpflicht für den einzelnen zu steigern.

Eine so gestaltete Allgemeine Dienstpflicht brächte gegenüber einer völligen Abschaffung von Wehr- und Zivildienst eine Reihe von Vorteilen mit sich:

- Durch die Allgemeine Dienstpflicht wird gewährleistet, daß endlich alle jungen Menschen in Deutschland unabhängig vom Geschlecht einen staatsbürgerlichen Beitrag zum Wohle des Gemeinwesens leisten. Das Problem der Wehr-ungerechtigkeit wäre vom Tisch, da dann auch junge Männer einen (zivilen) Dienst ableisten müssen, die von der Bundeswehr nicht gebraucht werden. Auch mangelnde Wehrtauglichkeit kann nicht länger als Begründung herhalten, um sich der Dienstpflicht zu entziehen.
- Das Modell des Auswahl-Wehrdienstes im Rahmen der Allgemeinen Dienstpflicht ermöglicht es, die Zahl der Wehrdienstleistenden flexibel dem tatsächlichen Bedarf der Streitkräfte sowie dem verfügbaren Bestand an Zeit- und Berufssoldaten anzupassen. Die Wehrpflicht als Teil der Allgemeinen Dienstpflicht ist damit nicht länger synonym für eine große Bundeswehr, die unter den veränderten sicherheitspolitischen Vorzeichen aktuell nicht mehr gebraucht wird. Umgekehrt können die Streitkräfte schnell aufgestockt werden, sollte sich die Bedrohungslage wieder verändern.
- Die Allgemeine Dienstpflicht sichert nicht nur den Bestand einer mit qualifizierten Soldaten ausgestatteten Bundeswehr, sondern auch den des Zivildienstes. Viele wichtige soziale Aufgaben, deren Bedeutung vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl älterer Menschen in Deutschland zunehmen wird, fallen dann nicht dem Rotstift zum Opfer,

wie das bei einer Abschaffung des Zivildienstes zu befürchten wäre. Gleichzeitig würde eine Kostenexplosion im Pflege- und Betreuungsbereich, die im Ergebnis von den Betroffenen bzw. der Allgemeinheit zu tragen wäre, vermieden.

Würde man den Wehr- und damit auch den Zivildienst ersatzlos streichen, wie das vor allem die politische Linke fordert, dann fiel die einzige staatsbürgerliche Pflicht weg, die zumindest deutsche Männer gegenüber dem Gemeinwesen noch zu erfüllen haben. In einer Zeit, da der Egoismus längst zum beherrschenden Lebensprinzip breiter Bevölkerungsschichten geworden ist und die Entsolidarisierung der Gesellschaft zügig voranschreitet, wäre ein solcher Schritt aber genau das falsche Signal. John F. Kennedy hat den berühmten Satz geprägt *"Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern, was Du für Dein Land tun kannst."* Dieser historische Ausspruch besitzt heute nicht nur mit Blick auf die aktuelle Debatte um die Zukunft der Wehrpflicht mehr denn je Gültigkeit – auch und gerade in Deutschland.

+ + +

Ausländerzuwanderung ein Fehler?

Aufsehen erregte dieser Tage Helmut Schmidt, der in einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ die Anwerbung von Gastarbeitern in den 60er Jahren als einen Fehler bezeichnete. Auch am Konzept der multikulturellen Gesellschaft ließ der streitbare Altbundeskanzler kein gutes Haar: Mit der Demokratie sei dieses Modell einer multikulturellen Gesellschaft nur schwer zu vereinbaren, sagte der SPD-Politiker. Bislang, so Schmidt weiter, funktionierten multikulturelle Gesellschaften nur dort friedlich, wo es einen starken Obrigkeitsstaat wie z.B. in Singapur gebe. *„Insofern war es ein Fehler, daß wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten“*, meinte Schmidt.

Die Multikulti - Schelte von Helmut Schmidt provozierte sowohl bei linken Politikern als auch Wirtschaftsfunktionären heftige Reaktionen. *„In den sechziger Jahren habe es zum Zuzug von Ausländern keine Alternative gegeben“*, empörte sich Ex-BDI-Chef Olaf Henkel im Nachrichtensender n-tv, *„ohne sie hätte es kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben.“* Unterstützung bekam Henkel vom amtierenden Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Ludwig Braun. Der bezeichnete es in der "Bild-Zeitung" als einen Fehler, *„zu glauben, dies seien alles nur Gäste“*. Schließlich müsse es auch in Zukunft die Möglichkeit für deutsche Unternehmen geben, Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu holen.

War die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften zunächst in Italien, Spanien und Portugal und später auch in der Türkei tatsächlich unvermeidlich, um die deutsche Wirtschaft an die Weltspitze zu bringen? Die Antwort lautet eindeutig Nein. Das beste Beispiel, wie eine Industrienation den Personal-mangel der 60er Jahre auch ohne Zuwanderung erfolgreich bewältigen konnte, ist Japan. Im Reich der aufgehenden Sonne waren seinerzeit sogar

noch weniger Arbeitskräfte verfügbar als in Deutschland. Dennoch kam Arbeitsmigration für Japan nicht in Frage, eine Grundsatzentscheidung, die bis heute von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird.

Die japanische Antwort auf die Personalknappheit der 60er Jahre war eine konsequente und zugleich intelligente Rationalisierung, die nicht nur auf technische Innovationen, sondern auch auf neue revolutionäre Organisationsmodelle setzte. Konzepte wie Lean Production, Just-in-time und Qualitätszirkel wurden zwar zum größten Teil von Wissenschaftlern in den USA erdacht, in Japan aber erstmals in die betriebliche Praxis umgesetzt. Die Folge war ein enormer Produktivitätsgewinn, der den Aufstieg des traditionell armen Japans zur wirtschaftlichen Weltmacht begründete. So brauchten beispielsweise japanische Automobilkonzerne Ende der 80er Jahre für die Herstellung eines Fahrzeugs der Golf-Klasse genau halb so viel Zeit wie Volkswagen in Deutschland. Erst nach der Wiedervereinigung faßten die japanischen Produktionskonzepte auch in der deutschen Industrie großflächig Fuß – mit der Folge, daß viele dann überschüssige Arbeitskräfte freigesetzt wurden.

Es gab also sehr wohl eine Alternative zur Anwerbung von Gastarbeitern, um die Produktion in der Industrie zu erhöhen und das Wirtschaftswachstum zu steigern. Doch die deutschen Konzernchefs gingen lieber den bequemen Weg. Anstatt in neue Produktions- und Organisationskonzepte zu investieren, setzte man auf Billigarbeitskräfte aus dem Ausland - und konnte sich dabei schon damals auf willfährige und wenig vorausschauende Politiker verlassen, die diese fatale Strategie absegneten. Schuld an der Misere haben aber nicht nur die Verantwortlichen der Wirtschaft, sondern auch die Gewerkschaften. Wären Deutschlands Arbeitnehmer Mitte der 60er Jahre bereit gewesen, nur 1 Stunde pro Woche mehr zu arbeiten, hätte man sich die Zuwanderung von Gastarbeitern weitgehend sparen können.

Geradezu grotesk ist die Aussage der GRÜNEN - Politikerin Marie-Louise Beck, die sich in der aktuellen Debatte um die Äußerungen Schmidts zu der Behauptung verstieg, die Gastarbeiter hätten nach dem Krieg mitgeholfen, „*unser Land wieder aufzubauen*“. Dabei war der Wiederaufbau (West-)Deutschlands - also die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsfolgen - bereits in der ersten Hälfte der 50er Jahren weitestgehend abgeschlossen, also lange vor den großen Zuwanderungswellen. Zur Erinnerung: 1960 lebten gerade einmal 600.000 Ausländer in Deutschland, heute sind es knapp 8 Millionen. Diese Menschen, die man in den 60er Jahren als Gastarbeiter anwarb, wurden als billige Arbeitskräfte für die industrielle Massenproduktion benötigt - und nicht, um die Trümmer wegzuräumen! Das hatten vor allem deutsche Frauen schon unmittelbar nach dem Krieg erledigt.

Doch Wirtschaftsbossen und Multikulti-Träumern geht es nicht um historische Tatsachen oder eine vernunftorientierte Ausländerpolitik. Vielmehr wird mit zum Teil an den Haaren herbeigezogenen Argumenten versucht, den politischen Boden für weitere Zuwanderung nach Deutschland zu bereiten – und das trotz einer de-facto-Arbeitslosigkeit von 7 Millionen Menschen und den offenkundigen Problemen der Ausländerintegration, mit denen unsere Gesellschaft heute mehr denn je zu kämpfen hat.

Die BIW meinen: Die Wortmeldung von Altkanzler Helmut Schmidt kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Denn obwohl die negativen Folgen der unkontrollierten Ausländerzuwanderung in den letzten Jahren immer offenkundiger geworden sind und ausländische Parallelgesellschaften in einigen Großstädten längst zum Alltag gehören, gibt es in Deutschland immer noch (oder schon wieder) ideologisch verblendete Politiker und profitgierige Wirtschaftsbesitzer, die aus den Fehlern der Vergangenheit nichts zu lernen gewillt sind. Dabei besteht auch angesichts der desolaten Lage auf dem heimischen Beschäftigungsmarkt für den weiteren Zuzug von Ausländern keinerlei Spielraum. Ganz im Gegenteil muß die immer noch anhaltende Zuwanderung in unsere völlig überlasteten Sozialsysteme endlich beendet werden, soll der deutsche Sozialstaat nicht kollabieren.

+ + +

Der gute Tip

Alle Jahre wieder kommen nicht nur Tannenbaum und Festtagsschmaus, sondern auch die unvermeidliche Weihnachtsfeier im Betrieb. Um trotz ausgelassener Stimmung bei Kollegen und Vorgesetzten nicht ins Fettnäpfchen zu treten empfiehlt es sich, einige Verhaltensmaßregeln zu beachten. Erstens: Alkohol und falsche Gesprächsthemen hinterlassen einen negativen Eindruck. Im schlimmsten Fall kann es sogar zur Kündigung kommen, sollte man die durch Punsch und Glühwein gelockerte Zunge nicht im Zaume halten können. Das wurde jüngst auch vom Landesarbeitsgericht Hamm bestätigt, das grobe Beleidigungen eines Beschäftigten gegen seinen Vorgesetzten während einer Weihnachtsfeier als ausreichenden Grund für eine außerordentliche Kündigung ansah.

Zweitens: Gehaltsverhandlungen sind auf Weihnachtsfeiern grundsätzlich tabu. Auch bei privaten Themen sollte man sich zurückhalten. Denn ein allzu großes Mitteilungsbedürfnis kann leicht als Schwatzhaftigkeit ausgelegt werden – und das macht sich u.U. nachteilig in der Personalakte bemerkbar.

Drittens: Vorsicht bei Duz-Angeboten in feucht-fröhlicher Stimmung. Die werden nämlich von den Beteiligten am nächsten Tag oftmals stillschweigend revidiert. Deshalb bei Spontan-Verbrüderungen erst einmal abwarten, wie der Gegenüber reagiert – vor allem dann, wenn es sich um den eigenen Chef handelt.

Auch wenn eine Weihnachtsfeier zahlreiche Benimmfallen bereithält, sollte man dennoch nicht durch Abwesenheit glänzen. Denn wer solche und andere betriebliche Festivitäten permanent meidet, gilt rasch als menschenfeindlich oder sogar als arrogant.

+ + +

Neue BIW-Internetseite

In neuem Layout präsentiert sich seit kurzem die Homepage des Vereins BÜRGER IN WUT. Hier finden Sie nicht nur das politische Programm der BIW, sondern auch Informationen zu unseren laufenden Kampagnen sowie das komplette Online-Archiv unseres Infobriefes „BIW-Aktuell“. Schauen Sie doch einmal vorbei unter www.buerger-in-wut.de.

+ + +

Zu guter Letzt

Ein Passagier will den Taxifahrer während der Fahrt etwas fragen und tippt ihm auf die Schulter. Der Fahrer schreit auf, verreit das Steuer, schießt auf den Gehweg und kommt kurz vor einem Schaufenster zum Stehen: *„Machen Sie das nie wieder! Sie haben mich zu Tode erschreckt!“*

Der Fahrgast baff: *„Ich wußte ja nicht, daß Sie sich wegen einer Schulterberhrung so erschrecken.“*

„Ist wohl mein Fehler“, gesteht der Fahrer. Heute ist mein erster Tag als Taxifahrer. Die letzten 25 Jahre bin ich Leichenwagen gefahren.“

V.i.S.d.P.: Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, c/o Jan Timke, Rotdornallee 18a, D-28717 Bremen. E-Mail: info@buerger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der BIW.